

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>	
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Juristenausbildungsgesetzes - Einführung eines integrierten Bachelorgrades in der juristischen Ausbildung (Drs. 7/9427) Gesetz zur Änderung des Thüringer Juristenausbildungsgesetzes und des Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetzes (Drs. 7/9449)	
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	<b>Name</b> <input type="text"/> <b>Organisationsform</b> <input type="text"/>
	<b>Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.</b> <input type="text"/> <b>eingetragener Verein (e. V.)</b> <input type="text"/>
	<b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b> <input type="text"/> <b>c/o FSR Rechtswiss. Universität Hamburg</b> <input type="text"/>
	<b>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</b> <input type="text"/> <b>Rothenbaumchaussee 33</b> <input type="text"/>
	<b>Postleitzahl, Ort</b> <input type="text"/> <b>20148 Hamburg</b> <input type="text"/>
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	<b>Name</b> <input type="text"/> <b>Vorname</b> <input type="text"/>
	<input type="checkbox"/> <b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b> <input type="checkbox"/> <b>Wohnadresse</b>
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	<b>Straße, Hausnummer</b> <input type="text"/>
	<b>Postleitzahl, Ort</b> <input type="text"/>

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)
	Bundesweite Verbesserung der juristischen Ausbildung
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)  Die Einführung eines integrierten Bachelors im Jurastudiums an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ist zu begrüßen. Beide Gesetzentwürfe schöpfen jedoch das volle Potential eines solchen Bachelors nicht aus und sind ausbaufähig. So bedürfen die Beschränkung auf (Immatrikulierte) Studierende und die Voraussetzung, eine klassische Bachelorarbeit zu absolvieren in dem Gesetzesentwurf mit der Drucksache 7/9427 sowie die fehlende bachelorarbeitsäquivalente Leistung im Gesetzesentwurf mit der Drucksache 7/9649 aus Sicht des BRF einer Anpassung. Hinsichtlich des Stichtages für die nachträgliche Verleihung sollte sich an bereits bestehenden Stichtagen für eine Verleihung des Bachelorgrades kraft Gesetzes orientiert werden.
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>  
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b> <input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>  

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Münster, 20.05.2024	



w/o Universität Hamburg, FSR Rechtswissenschaft  
 Rothenbaumchaussee 33  
 20148 Hamburg

Info@bundesfachschaft.de